

Tagungsberichte

Schöner Wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten!

Internationale Konferenz vom 29. bis 30. Oktober 2004 in München

Andrea Rothe

Die Tagung „Schöner Wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten!“, veranstaltet von der Frauenakademie München e.V., war sehr erfolgreich. Dies vor allem unter dem Blickwinkel der notwendigen Vernetzung von Frauen und Frauenorganisationen in West- und Osteuropa, um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik voranzutreiben.

Im Eröffnungsvortrag „Standort Europa – ohne Frauen ist keine Wirtschaft zu machen“ empfahl *Brigitte Unger-Soyka* (Bundesministerium für Frauen) den Anwesenden, der privaten Wirtschaft gegenüber nicht zu sehr den Gender-Aspekt zu betonen, da Unternehmen das eher als abschreckend empfinden. Sie befürwortete stattdessen die sog. Diversity-Strategie. Gleichzeitig verwies sie auf die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Frauen bessere Einstiegschancen zu bieten. Hier sieht sie die Schwerpunktaufgabe ihres Ministeriums. In den Diskussionsbeiträgen wurde eingewandt, dass die Diversity-Strategie inzwischen ca. zehn Jahre alt sei und der Frauenanteil in Führungspositionen der Privatwirtschaft seither kaum gestiegen sei. Auch wurde festgestellt, dass die Konzentration auf die Vereinbarkeitsfrage als Erfolgsrezept für Frauen in der Wirtschaft zu kurz greife.

Frauen müssten extrem aufmerksam sein, dass ihre Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit nicht auf die Frage der Vereinbarkeit reduziert werde, da hegemoniale (wirtschaftliche) Macht von Männern weit über diese Teilfrage hinaus reiche.

Im nachfolgenden Beitrag von *Jochen Kubosch* (Europäische Vertretung, München) ging es um die Möglichkeiten durch die sogenannte Lissabon-Strategie der Europäischen Union (EU) auf eine geschlechtergerechte Wirtschaft hinzuwirken. Im Fazit stellte *Kubosch* fest, dass die Strategie dafür zwar gute Voraussetzungen schaffen würde, bisher von den Mitgliedsstaaten aber viel zu wenige Anstrengungen unternommen wurden, sie durchzusetzen. Eine planmäßige Erreichung der Ziele bis 2010 sei daher extrem unwahrscheinlich.

Auf der Podiumsdiskussion „Die erweiterte Europäische Union – eine Chance für eine geschlechtergerechte Ökonomie“ standen sich die Positionen der Unternehmen und die der Gewerkschaften gegenüber. *Elfriede Kersch* (Industrie- und Handelskammer, München) nahm kleine und mittlere Unternehmen in Schutz, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation kaum in der Lage wären, frauenfreundliche Bedingungen zu schaffen und damit auch überfordert seien. *Susanne Hildebrandt* (Europäischer Gewerkschaftsbund, Brüssel) und *Ewa*

Ruminska-Zimny (Programm Gender und Ökonomie der Vereinten Nationen, Genf), wiesen darauf hin, dass staatliche Ziele, wie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und ausreichende Kinderbetreuung, noch nichts an der tatsächlichen Situation von Frauen änderten.

In bezug auf die Situation der Frauen in den Beitrittsländern stellte *Marta Turk* (Unternehmerverband Slowenien, Ljubljana) fest, dass es in Osteuropa notwendig sei, bessere staatliche Voraussetzungen für Unternehmerinnen und Gründerinnen zu schaffen, und dass diesbezüglich von Seiten der EU Impulse und finanzielle Unterstützung erwartet würden.

Der Vortrag der Schweizer Ökonomin *Mascha Madörin* gab einen Überblick über die feministische Ökonomie. Sie wies deutlich darauf hin, dass Geschlechtergerechtigkeit in der Wirtschaft weit mehr brauche als Kinderbetreuung, was sich u.a. daran zeige, dass es auch kinderlose hochqualifizierte Frauen kaum in Spitzenpositionen schafften. Eine ihrer Hauptforderungen lautete, eine feministische Ökonomie fest in allen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Europa zu verankern, um den langen Weg zu einem wirtschaftlich geschlechtergerechten Europa zu begleiten und zu forcieren.

In den acht Workshops gab es rege Diskussionen. Zwar ist die wirtschaftliche Stel-

lung von Frauen in Ost und West vergleichbar schlecht, doch sind die historischen und aktuellen Voraussetzungen für diese Lage sehr unterschiedlich. So wurde deutlich, dass es den Frauen in den Beitrittsländern vorrangig um eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geht, an der auch sie als Frauen partizipieren möchten. Die Frage der gezielten Frauenförderung oder des Gender Mainstreaming in wirtschaftlichen Zusammenhängen spielt für sie – noch – kaum eine Rolle.

Andere Workshops beschäftigten sich u.a. mit einer empirischen Studie zu Familienfreundlichkeit als ökonomischem Erfolgsfaktor in großen Unternehmen oder den Erfolgen und Schwierigkeiten von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting.

In der Abschlussdiskussion stellte *Rezzo Schlauch* (Bundesministerium für Wirtschaft) fest, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Privatwirtschaft, die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern, gescheitert sei und das Thema wieder auf die politische Agenda müsse. Dies bestätigten auch *Fredericke Maier* (Heriott Taylor Mill-Institut, Berlin) und *Gisela Duetting* (Women in Development Europe, WIDE, Brüssel). *Malgorzata Tarasiewicz* (Network of East West-Women, Danzig) wies nochmals auf die besondere Situation der Beitrittsländer in der EU hin.

„Marché du travail, politiques familiales et rapports de genre. Regards croisés franco-allemands. Arbeitsmarkt, Familienpolitiken und die Geschlechterfrage – deutsch-französische Perspektiven.

Workshop vom 12. bis 13. November 2004 in Berlin

Kristiane Jornitz

Die Stärkung des deutsch-französischen Dialoges zur Geschlechterfrage war Anlass für *Dagmar Simon* und *Hildegard Matthies* (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB) gemeinsam mit *Gilbert Achcar* (Centre Marc Bloch, Berlin), *Mechthild Veil* (Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa, Frankfurt am Main) und *Helena Hirata* (Genre Et Rapports Sociaux, GERS, Paris) Expertinnen aus beiden Ländern zusammenzuführen. Die Geschlechterordnung in beiden Ländern ist in den letzten Jahrzehnten verstärkt in Bewegung geraten: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist rapide gestiegen, parallel dazu befindet sich der Sozialstaat auf Grund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in einer tiefen legitimatorischen Krise. Vor diesem Hintergrund lag der Fokus des Workshops auf der Erkundung der wechselseitigen Beeinflussung von Staat, Familie und Arbeitsmarkt und der Frage nach konvergenten oder divergenten Geschlechterverhältnissen und -politiken der beiden Länder.

Einleitend kritisierte *Danièle Kergoat* (GERS) das gegenwärtig vorherrschende deskriptive Paradigma bei der wissenschaftlichen Analyse der geschlechtsspezi-

fischen Arbeitsteilung. Sie setzte diesem eine gesellschaftshistorisch reflexive Perspektive entgegen, die Machtaspekte hinter der ungebrochenen Zuweisung von Frauen auf den Reproduktionsbereich sowie den Zusammenhang von Geschlechter- und Klassenverhältnis im internationalen Vergleich reflektierte. Letzterer Aspekt war auch für die Analyse *Helena Hirata's* zentral: Gegenwärtig sei hinsichtlich der Vereinbarkeitsproblematik ein Anstieg des „modèle de la délégation“ zu beobachten. Frauen gelangten zunehmend in höhere Positionen auf dem Arbeitsmarkt, diese Besserverdienenden hätten die Möglichkeit und seien darauf angewiesen, Versorgungsarbeiten an andere dienstleistende Frauen zu delegieren. Einer gut situierten und hochbezahlten Klasse von Frauen stünde damit eine schlecht abgesicherte und niedrigbezahlte Klasse von Frauen gegenüber.

Im konkreten Ländervergleich machte *Mechthild Veil* den entscheidenden Unterschied der Geschlechterordnung deutlich: In Frankreich arbeite der Großteil der Frauen Vollzeit, in Deutschland arbeiteten dagegen Frauen mit Kindern in der Regel in Teilzeit. Als einen Grund für diesen Unter-

schied wies *Jacqueline O'Reilly* (Universität of Sussex/WZB) das unterschiedliche Staatsverständnis aus: In Frankreich stehe der Staat in der Verpflichtung die Bürger zu Citoyens zu bilden, dazu gehöre, durch die Bereitstellung von umfassenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, allen BürgerInnen eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. *Anne Sales* (Université de Picardie-Jules Verne, Amiens) machte jedoch deutlich, dass sich Frankreich und Deutschland hinsichtlich Kinderbetreuungspolitik anglichen. In Frankreich ziehe sich der Staat aus Gründen der Kostenersparnis zunehmend aus seiner Verantwortung für die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten zurück. In Deutschland werde eine Ganztagsbetreuung von Kindern zwar politisch proklamiert, es fehle allerdings ein durchsetzungsfähiges Gesamtkonzept. Der zweite Block der Tagung konzentrierte sich auf spezifische Ebenen der Arbeitsmarktsegregation. *Hildegard Matthies* hob die entscheidende Rolle von Organisationen hervor und *Nicky Le Feuvre* (Université de Toulouse le Mirail) fokussierte die Ebene der Berufsfelder. Den hohen Stellenwert, den die Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union (EU) inzwischen habe, betonte *Petra Beckmann* (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg). Sie forderte eine konsequentere Be-

schäftigungspolitik der EU, die nicht nur eine Erhöhung der Beschäftigungsquote (Anzahl der Erwerbstätigen) von Frauen anstrebe, sondern auch die Steigerung des Beschäftigungsvolumens (Höhe der Arbeitszeit).

In der abschließenden Diskussionsrunde konnten sowohl Konvergenzen als auch Divergenzen resümiert werden. Als bedenklich angesehen wurde die Annäherung beider Länder hinsichtlich der Zunahme prekärer Beschäftigung von Frauen im Zuge der Globalisierung. Dieses Ergebnis wurde allerdings von den Französisinnen wesentlich pointierter formuliert und ging mit der Forderung nach einer gemeinsamen feministischen politischen Bewegung einher. Die deutschen Referentinnen blieben dagegen eher der deskriptiven Ebene verhaftet. Mir persönlich wurde noch einmal deutlich, dass die alte feministische Forderung der möglichst hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen inzwischen zwiespältig geworden ist: Der Zwang zu – häufig prekärer – Erwerbsarbeit bewirkt in steigendem Maße eine Überlastung der Einzelnen. Feministische Theorie und Politik muss sich dieser Problematik widmen – hier kann das verbindende Interesse beider Nationen liegen. Zum Ende der Tagung wurde geplant, den Austausch in einer weiteren Veranstaltung zu vertiefen.

Gender Dynamics and Globalization: Comparative Perspectives on Japan and Asia

Jahrestagung der Vereinigung für sozialwissenschaftliche
Japanforschung (VSJF)

Tagung vom 19. bis 21. November 2004 in Berlin

Karin Klose

Die Organisatorinnen der diesjährigen Jahrestagung der VSJF, *Susanne Kreitz-Sandberg* (Universität Düsseldorf) und *Claudia Derichs* (Universität Duisburg-Essen), wollten den dynamischen Wandel der Geschlechterordnung in Japan und anderen asiatischen Staaten unter Einfluss der Globalisierung von verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen her in vergleichender Perspektive untersuchen. Mit der thematischen Einbeziehung Asiens in die Tagung betraten sie damit Neuland. Die Beschäftigung mit dem Thema Gender hat dagegen mit dem Workshop „Geschlechterforschung zu Japan“ eine lange Tradition in der VSJF.

Für konservative Kräfte in Japan bedeute eine Veränderung der bestehenden Geschlechterordnung, wie sie zurzeit unter dem Kunstwort *gender free* diskutiert werde, ein Angriff auf die nationale Identität und auf die japanische Familie als wichtiges Fundament der japanischen Gesellschaftsordnung, so *Michiko Mae* (Universität Düsseldorf). Dennoch sei die Grenzziehung zwischen den Geschlechtern nicht mehr absolut. In der reflexiven Modernisierung werden, laut *Ilse Lenz* (Universität Bochum) Nation, Familie und die nationa-

le hegemoniale Geschlechterordnung zunehmend hinterfragt. Allerdings ließe sich, so die These von *Mari Osawa* (University of Tokyo) trotz einer breiten gesellschaftlichen Debatte zur gleichen Partizipation von Frauen und Männer in der japanischen Gesellschaft und entsprechenden politischen Programmen und Gesetzen beobachten, dass das bestehende Sozialsystem weiterhin eindeutig die Familie mit einem männlichen Alleinverdiener bevorzuge, während andere Familienformen im Sozial- und Rentenrecht klar benachteiligt würden. *Annette Schad-Seifert* (Universität Leipzig) führte in ihrem Überblick zu den japanischen *Men's Studies* aus, dass dies auch den Männern erschwere, für sich neue Rollenmodelle zu entwickeln, wie es von ihnen inzwischen gefordert würde. *Sabine Frühstück* (University of California, Santa Barbara) und *Eyal Ben-Ari* (Hebrew University, Jerusalem) erläuterten, wie deutlich sich der Konflikt zwischen alten Leitbildern und radikal veränderten Anforderungen in einer globalisierten Welt beim Militär zeige. Soldaten, die nach ihrem Selbstverständnis Kämpfer seien, würden in nationalen und internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung mit ganz ande-

ren Anforderungen konfrontiert. Spezielle Trainingseinheiten dazu würden bisher erst von einzelnen Ländern angeboten.

Die Frauenbewegungen der asiatischen Länder hätten ihre nationalen Grenzen bereits überschritten und nutzten oft ganz bewusst internationale Organisationen, um in ihren Ländern den Druck auf Institutionen zu verstärken, Geschlechter diskriminierende Strukturen abzuschaffen, so *Maria Sachiko Baier* (Universität Wien) und *Rosalinda Ofreneo* (University of the Philippines). Laut *Hiromi Tanaka* und *Mihee Hong* (beide Universität Bochum) wandten auch Aktivistinnen in Japan und Korea diese Strategie bei der Implementierung der *Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women* in ihren Ländern an. In Japan stand jedoch vor der Akzeptanz durch andere asiatische Bewegungen die schwierige Auseinandersetzung japanischer Feministinnen mit der Rolle der japanischen Frauen im Pazifischen Krieg an, in dem Japan als Aggressor gegenüber seinen asiatischen Nachbarn auftrat. Hierbei spielte nach *Andrea Germer* (Deutsches Institut für Japanstudien, Tokyo) und *Ulrike Wöhr* (Hiroshima City University) die Thematik der vom japanischen Militär zu sexuellen Dienstleistungen gezwungenen Zwangsprostituierten eine zentrale Rolle.

Bestehende Geschlechterverhältnisse würden in vielen asiatischen Staaten bewusst instrumentalisiert, um bestehende Machtpositionen zu festigen, so die These von *Mark Thompson* (Universität Nürnberg-Erlangen). In diesen Staaten nahmen bzw. nahmen Frauen politische Führungspositionen ein, obwohl die Gesellschaften dieser Länder als traditionalistisch und patriarchalisch bewertet werden. Auch *Lorna Israel* (Miriam College, the Philippines) kam für die Philippinen zu dem Schluss, dass die Entscheidung für weibliche Führer dabei jedoch oft innerhalb politischer Dynastien anhand von Geschlechter-Stereotypen und entlang von traditionellen weiblichen Rollenmodellen getroffen würde, während die persönliche politische Macht der Frauen beschränkt bliebe.

Diese und die weiteren Beiträge der Tagung haben gezeigt, dass Gender in fast allen Politikfeldern und in den gesellschaftlichen Diskursen der untersuchten Länder auf der Agenda steht. Es würden zunehmend, auch unter dem Druck internationaler Organisationen und Netzwerke, Konzepte für geschlechtergerechtere Gesellschaften entwickelt und diskutiert. In der gelebten Praxis spiegelten sich diese Diskurse aber bisher kaum wieder, da zähe institutionelle Strukturen einen schnellen Wandel verhindern.

Geschlechtergrenzen in Bewegung: Gleichheit – Reziprozität – Solidarität

Internationale Konferenz vom 24. bis 25. November 2004
in Bochum

Barbara Fersch

Anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums lud die Marie Jahoda Gastprofessur für internationale Geschlechterforschung an der Ruhr-Universität Bochum zur Konferenz „Geschlechtergrenzen in Bewegung. Gleichheit – Reziprozität – Solidarität“ im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum ein. Seit 1994 lehrten und forschten 24 GastprofessorInnen aus zwölf Ländern im Rahmen der Jahoda-Gastprofessur. Acht von ihnen und einige weitere ReferentInnen stellten nun aktuelle Themen der Geschlechterforschung vor. Dabei standen – v.a. in Hinblick auf die Veränderung und Modernisierung der globalen Geschlechterverhältnisse – Fragen nach Chancen und Hindernissen für Geschlechtergleichheit, nach neuen Formen von Reziprozität und Solidarität und nach dem Beitrag von Männern hierzu im Mittelpunkt. Das erste Panel „Globalisierung und die Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse“ begann mit einem Vortrag von *Diane Elson* (Universität Essex, Großbritannien). Sie zeigte auf, dass die durch die Globalisierung verstärkte Arbeitsmarktpartizipation von Frauen einerseits die Auflösung von patriarchalen Abhängigkeiten, andererseits eine stärkere Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit bedeutet – Gender Budget Initiativen sollten deshalb die Schaffung von guten Arbeitsplätzen zum Ziel haben. *Robert*

Connell (Universität Sidney, Australien) stellte seine Analyse einer weltweiten Geschlechterordnung vor. Durch Interaktion zwischen bestehenden Geschlechterordnungen und in neuen globalen Arenen entstünden neue Geschlechterkulturen und neue Formen von Männlichkeit. *Mirjana Moroskvasic* (Universität Paris, Frankreich) stellte dar, dass Geschlecht für Mobilität und Möglichkeiten des Empowerments von MigrantInnen je nach Kontext sowohl begrenzend als auch verstärkend wirken kann. Abgeschlossen wurde das Panel durch einen Rückblick auf die zehnjährige Geschichte der Jahoda-Gastprofessur von *Ilse Lenz* und *Charlotte Ullrich* (beide Universität Bochum). *Michiko Mae* (Universität Düsseldorf) befasste sich in dem ersten Beitrag zum Panel „Transnationalisierung, Global Governance und Frauenbewegung“ mit den durch Individualisierung und Transnationalisierung entstandenen Möglichkeiten eines kosmopolitischen Umgangs mit Differenz.

Elena Zdravomyslava (Universität St. Petersburg, Russland) problematisierte in ihrem Vortrag den Einfluss des westlichen Feminismus auf die russische Frauenbewegung und zeigte „Übersetzungsschwierigkeiten“ von internationalen Konzepten in den russischen Kontext auf. Der erste Konferenztag endete mit Beiträgen von *Brigitte*

Hasenjürgen (Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen) und *Ali Wacker* (Universität Hannover) zur Aktualität des Denkens von Marie Jahoda. Am zweiten Konferenztage stand zunächst das Thema „Wandel von Wohlfahrtsstaat und Arbeit in der Globalisierung“ im Mittelpunkt. *Mari Osawa* (Universität Tokyo, Japan) sprach über die Veränderungen des japanischen Wohlfahrtsstaatsmodells und deren Bedeutung für die Geschlechterverhältnisse in vergleichender Perspektive. *Ulrich Widmaier* (Universität Bochum) stellte dar, dass die Vertretung schwacher Interessen aufgrund der Begebenheiten des politischen Systems der EU erfolgreich sein können. Auch die aus klassischer Sicht als schwach angesehene Fraueninteressenvertretung sei auf EU-Ebene bereits erfolgreich institutionalisiert. *Heidi Gottfried* (Wayne State Universität Detroit, USA) zeigte auf, dass die im Zuge neoliberaler Reformen stattfindende Deregulierung der Arbeit sowohl neue Chancen für Geschlechtergerechtigkeit als auch neue Risiken generiert. *Ulla Müller* (Universität Bielefeld) stellte am Beispiel der Polizei dar, wie Geschlecht in einer männlich dominierten Organisation einerseits deinsti-

tutionalisiert, andererseits in Diskursen zu Körper und Kultur reartikulierte werde.

Im Rahmen des Panels „Individualisierung und Reziprozität: Veränderung von Selbstentwürfen und Beziehungsformen“ sprach *Agneta Stark* (Universität Dalarna, Schweden) über generationelle Solidarität und Geschlecht in Europa. *Notburga Ott* (Universität Bochum) führte aus, warum das Hausfrauendasein aus neoklassischer ökonomischer Sicht heute nicht mehr sinnvoll ist. *Norbert Schneider* (Universität Mainz) analysierte in seinem Vortrag den Wandel der sozialen Konstruktion von Elternschaft. Die Beiträge zu den verschiedenen Schwerpunkten analysierten die Bewegungen der Geschlechtergrenzen aus vielen Perspektiven und zeigten Möglichkeiten für mehr Geschlechtergleichheit auf. Gleichzeitig problematisierten die meisten Vortragenden die Hindernisse dazu und die Risiken der Entstehung von neuen Ungleichheiten. Die Konferenz griff so aktuelle globale Fragen auf, die in internationaler Perspektive diskutiert wurden. Dies gab einen guten Einblick in die vielfältigen Forschungsbereiche der internationalen Geschlechterforschung.

The European Union's Policy of Gender Equality – Implications of deeper Integration and further Enlargement

Internationale Konferenz vom 26. bis 27. November 2004 in Hamburg

Brigitte Rudolph

Im Mittelpunkt der von den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München in Kooperation mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V. und dem Europa Kolleg Hamburg veranstalteten Konferenz stand die Zukunft der europäischen Geschlechterpolitik. Die Konferenz, an der über achtzig europäische PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen teilnahmen, wurde von *Annette Jünemann* (Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr, Hamburg) und *Carmen Klement* (Universität der Bundeswehr, München) organisiert.

Im einführenden ersten Panel skizzierte *Ursula Rust* (Universität Bremen) die geschlechterpolitischen Richtlinien des „aquis communautaire“, der unter anderem die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz regeln soll. Anschließend stellten *Maja Apelt*, *Cordula Dittmer* und *Anne Mangold* (alle Universität der Bundeswehr, Hamburg) ihre Forschungsergebnisse zum quantitativen und qualitativen Zugang von Frauen in die europäischen Streitkräfte vor. *Jörn Ketelhut* (Universität der Bundeswehr, Hamburg) beschäftigte sich mit dem Einfluss des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) auf die Gender-Gleichstellungspolitik. Er vertrat die These, dass der EuGH längst überholt

gegaubte Geschlechtsrollenstereotype in Bezug auf Elternschaft vertrete oder zumindest nahe lege.

Im zweiten Panel wurden die gender-relevanten Inhalte der Europäischen Verfassung fokussiert. Während *Silke-Ruth Lasowski* (Universität Hamburg) die neue europäische Verfassung trotz aller Mängel als wichtiges Instrument sah um die Umsetzung auf nationaler Ebene einzufordern, beurteilte *Sabine Overkämping* (Deutscher Juristinnenbund – DJB, Berlin) die europäische Verfassung kritischer. Es seien zwar gegenüber dem Amsterdamer Vertrag keine Verschlechterungen, aber auch keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen. Es gelang dem DJB nicht, seine weitergehenden Forderungen in die Verfassung einfließen zu lassen. *Mary McPhail* (European Women's Lobby – EWL, Brüssel) stellte die Arbeit des EWL und vieler anderer Nichtregierungsorganisationen während der Entstehung des Verfassungsentwurfs vor. Deren Engagement ist es zu danken, dass letztendlich doch noch die Artikel zur Geschlechtergleichheit in die Verfassung aufgenommen wurden. *McPhail* wertete es überdies als großen Erfolg, dass auch ein Artikel über die gemeinsamen europäischen Werte Eingang in die Verfassung gefunden habe.

Brigitte Young (Universität Münster) erörtere im dritten Panel die Widersprüche zwischen der europäischen Makroökonomie und Gender Mainstreaming. Der Stabilitätspakt setze jeglicher Sozial- und Geschlechterpolitik enge Grenzen und so könne kaum die Rede von geschlechtsunabhängiger Chancengleichheit sein. Im Gegenteil, für Frauen erhöhe sich durch den Hang zu neoliberaler Wirtschaftspolitik die Gefahr, in informelle prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt zu werden. Auch *Petr Pavlik* (Karls-Universität, Prag) beklagte die mangelhafte Umsetzung geschlechterpolitischer Vorgaben am Beispiel der Evaluation des EQUAL-Programms in der Tschechischen Republik. Er stellte fest, dass die meisten der geförderten Projekte trotz aller Vorgaben keinen Genderaspekt aufzuweisen hätten und dies von der EU nicht kontrolliert werde. *Sonja Drobnič* (Universität Hamburg) stellte eine vergleichende mikrosoziologische Studie zum geschlechtsspezifischen Erwerbsverhalten aus zwölf Staaten Europas vor, in der die kurze Reichweite der gängigen geschlechtsneutralen Erklärungsansätze festgestellt wurde.

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Podiumsdiskussion, in der *Jirina Siklova* (Karls-Universität Prag), *Susanne Mayer* (Journalistin, Die Zeit), *Lissy Gröner* (Mitglied des Europäischen Parlaments) und *Ursula Dau* (Landesfrauenrat Hamburg) die Gender-Dimension in der Union und mögliche Strategien zur besseren Durchsetzung einer geschlechterdemokratischen Zukunft in Europa erörterten. Dabei kamen die bereits erreichten Erfolge ebenso zur Sprache wie die strittigen Punkte, die im Rahmen der Konzeption der europäischen Verfassung nicht durchgesetzt werden konnten. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Formulierung von klaren Zielen betont, um dem politischen Willen mehr Durchsetzungskraft zu verleihen. In der Abschlussdiskussion wie auch während der gesamten Konferenz wurde deutlich, dass es sowohl zur politischen Durchsetzung als auch zur praktischen Umsetzung der Geschlechtergleichheit in Europa noch ein langer Weg ist. Dabei können interdisziplinäre Konferenzen fruchtbare Denkanstöße zu weiteren wissenschaftlichen Diskussionen und damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Geschlechterdemokratie in der EU leisten.

Haushalt für alle! Mit Genderbudgeting zum geschlechtergerechten Haushalt

Fachtagung am 27. November 2004 in München

Katja Köhnlein

Unter dem Motto „Haushalt für alle“ trafen sich in München Vertreterinnen verschiedener Gender Budget Initiativen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie zahlreiche interessierte Frauen und Männer aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, um gemeinsam über Wege zu einer geschlechtergerechten Haushaltsführung zu diskutieren. Veranstaltet wurde die Fachtagung, die zugleich die Vernetzung der BürgerInneninitiativen zum Ziel hatte, von den Frauen der Gender Budget Initiative München in Zusammenarbeit mit der Frauenakademie München, dem Sozialwissenschaftlichen Institut München und der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt setzte *Gabrielle Michalitsch* (Wirtschaftsuniversität Wien). Ausgehend von der These, dass kein Haushalt geschlechtsneutral sei, analysierte sie in ihrem Vortrag, wie sich haushaltspolitische Beschlüsse mittel- und unmittelbar auf Frauen und Männer auswirkten und wo geschlechtsbezogene Benachteiligungen zu Lasten von Frauen entstünden. Sie wies darauf hin, dass der Blick allein auf die Verteilung der öffentlichen Mittel als Ansatzpunkt für Gender Budgeting nicht genüge, sondern beispielsweise die Wirkung direkter und indirekter Steuern oder die Auswirkung politischer Entscheidungen auf bezahlte und unbezahlte

Arbeit berücksichtigt werden müsse. Das deutsche Ehegattensplitting hemme die Erwerbstätigkeit von Frauen, Mehrwertsteuer oder Gebühren belasteten niedrige Einkommen relativ stärker als hohe. Sie berichtete weiter über Vorstöße in Österreich (Oberösterreich und Gemeinde Tulln), Gender Budgeting einzuführen. Dabei bestünde die Gefahr, dass bei der Umsetzung nur rein quantitative Daten Berücksichtigung fänden und somit die eigentliche Absicht von Gender Budgeting ausgehöhlt werden könne. Indikatoren könnten nur einzeln und unter genauer Prüfung gebildet werden. *Michalitsch* informierte abschließend über die Arbeitsergebnisse der Gender Budgeting-Arbeitsgruppe im Europarat, deren Vorsitzende sie ist – unter anderem wurden dort *guidelines* für Gender Budgeting erarbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung lag auf der bundes- sowie länderübergreifenden Vernetzung der verschiedenen BürgerInneninitiativen zu Gender Budgeting. Nachdem sich *Birgit Erbe* (Gender Budget Initiative München) und *Friedel Schreyögg* (Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt München) eingangs zur Situation in München geäußert hatten, berichteten Vertreterinnen weiterer Gender Budget Initiativen, darunter *Gabriella Mateti* (Frauenrat Basel-Stadt), *Regina Frey* und *Renée Parlar* (Initiative für eine

geschlechtergerechte Haushaltsführung, Berlin), *Maria Grote* (FrauenForum Köln Agenda) und *Elisabeth Klatzer* (Frauen und Budget-Gruppe, Wien), von den bisherigen Aktivitäten sowie dem Stand von Gender Budgeting in den Städten und Bundesländern bzw. Kantonen. Deutlich wurde, dass die Initiativen vor Ort jeweils unterschiedliche Strategien wählen: Während beispielsweise in Berlin mit politischer Lobbyarbeit Erfolge erzielt wurden, untersuchten die Kölnerinnen exemplarisch den Haushalt für Volkshochschulen und Bibliotheken auf Geschlechtergerechtigkeit hin. *Johanna Zebisch* (Sozialwissenschaftliches Institut München) referierte über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Entwicklung von Indikatoren zur Messung von Geschlechtergerechtigkeit. Auch sie führte an Beispielen aus, dass für jeden Einzelfall Indikatoren gebildet und ExpertInnen zu Rate gezogen werden müssten. *Silke Rapp* (Gender Budget Initiative München) erschloss das Thema „Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Haushaltspolitik“ an Hand unterschiedlicher Ansätze zu „Bürgerhaushalten“ und diskutierte Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit von diesen haushaltspolitischen

Beteiligungsverfahren mit Gender Budget Initiativen. Eine dritte Arbeitsgruppe unter Leitung von *Marion Böker* (Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung, Berlin) entwickelte Strategien, wie die Initiativen gemeinsam zu mehr politischer Wirksamkeit gelangen könnten. Bemerkenswert war die spürbare Entschlossenheit der TeilnehmerInnen, die sich professions-, generations- und länderübergreifend zusammengefunden hatten, um die konkrete Umsetzung von Gender Budgeting gemeinsam voran zu bringen. Gleichzeitig wurde an vielen Stellen und insbesondere an Hand konkreter Beispiele deutlich, dass die Initiativen den Implementierungs-Prozess sehr aufmerksam und kritisch begleiten müssen. Wird Gender Budgeting auf einfache Datenerhebung und -analyse reduziert, besteht die Gefahr, dass es sinnentleert und zweckentfremdet wird. Die Diskussion darüber, was Geschlechtergerechtigkeit konkret bedeutet, muss deshalb immer wieder geführt werden. Die Initiativen werden also noch eine Zeit lang weiter (unbezahlt) arbeiten müssen.

Eine Dokumentation der Tagung unter www.gender-budgets.de ist geplant.

In Arbeit: Zukunft – Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel

3. Marburger Arbeitsgespräche vom 23. bis 25. Februar in Marburg

Stephanie Braukmann

Vor drei Jahren ins Leben gerufen, setzt sich „GendA – Netzwerk feministische Arbeitsforschung“ aus feministischer und genderkompetenter Perspektive mit der Zukunft und dem Wandel der Arbeit auseinander. Der Schwerpunkt der diesjährigen Tagung lag auf der Diskussion von Kritik-, Reform- und Gestaltungsperspektiven im Kontext der aktuellen Transformationen der Arbeit und den damit verbundenen Herausforderungen für die Arbeitsforschung. In diesem Rahmen informierte das Projekt in zahlreichen Vorträgen und parallel tagenden Foren die ca. 100 TeilnehmerInnen auch über seine wichtigsten Forschungsergebnisse aus den Bereichen Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft, Genderkompetenz sowie Praxiskompetenz und -kooperation.

Im Eröffnungsvortrag hob *Heidi Gottfried* (Wayne State University, Detroit) hervor, dass das Normalarbeitsverhältnis als vorherrschender Regulationsmodus von Arbeit vor dem Hintergrund der steigenden Zahl nicht-standardisierter Beschäftigungsverhältnisse an Bedeutung verliert. Es bilde sich, so *Gottfried*, ein neuer reflexiver Modus der Regulation heraus, der die Individuen als sich selbstverwaltende UnternehmerInnen ihrer Arbeitskraft anrufe. Dieser Prozess berge Risiken und Chancen und trage nur auf den ersten Blick zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei. Bei nähe-

rem Hinsehen werde jedoch deutlich, dass am ehesten die Hochqualifizierten unter den Frauen und Männern von der Verschiebung hin zu verstärkter Selbstregulierung profitieren.

Subjektivierung und die Entgrenzung von Arbeit und Leben bildeten auch den inhaltlichen Schwerpunkt des ersten der vier Konferenzforen, in dem *Lena Correll* und *Stefanie Janczyk* (beide GendA) mit dem Konzept der Soziabilität Überlegungen zur Entwicklung eines neuen Ansatzes für die Erfassung der Umstrukturierung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Leben vorstellten. Dabei trat in der produktiven Diskussion mit *Günter Voss* (Technische Universität Chemnitz), der zum Thema Subjektivierung von Arbeit und Arbeitskraft referierte, die gestaltungspolitische Dimension des Konzepts der Soziabilität deutlich hervor. Ausgehend von der in beiden Vorträgen vertretenen Einschätzung, dass die Entgrenzung der Arbeit in der Praxis gegenwärtig mit überwiegend negativen Konsequenzen für die Beschäftigten verbunden sei, wies *Janczyk* darauf hin, dass dies keine dem Prozess notwendig inhärente Entwicklung sei. Das Konzept der Soziabilität begreift Erwerbsarbeit als variable Größe und zielt perspektivisch darauf, emanzipatorische gestaltungspolitische Vorschläge jenseits des hegemonialen Diskurses zu offerieren.

Die damit verbundene Konzeption von Arbeit auch als Form politischen Handelns wurde im Verlauf der Konferenz mehrfach thematisiert. Neben *Anja Lieb* (GendA), die am Beispiel des Ansatzes von Jürgen Habermas die These entwickelte, dass Arbeit in der Demokratietheorie nur sehr begrenzt als demokratierelevante Kategorie begriffen werde, machte *Ingrid Kurz-Scherf* (Universität Marburg) im Rahmen ihrer Ausführungen zur kooperativen Demokratie als feministischem Projekt darauf aufmerksam, dass ein Teil der Effekte des Wandels der Arbeit Resultate feministischer Emanzipationsbewegungen seien. Sie plädierte dafür, Gegenbewegungen im aktuellen Wandel der Arbeit zu unterstützen und Arbeit in das Konzept von Demokratie zu reintegrieren.

Mit der Forderung *Geschlecht, race* und *Klasse* weiterhin als relevante Kategorien sozialer Ungleichheit zu begreifen, ging *Cornelia Klinger* (Institut für die Wissenschaft vom Menschen, Wien) in ihren Ausführungen über Ungleichheit als Prinzip moderner Gesellschaften auf eine weitere im Rahmen der Konferenz breit diskutierte Fragestellung ein. Obwohl sich die Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit

wandelten, blieben sie in ihren neuen Formen an die drei genannten Kategorien gebunden, die entgegen der vorherrschenden Tendenz in der Theorieentwicklung nicht als Identitätskategorien gefasst, sondern, so Klinger, auf der Systemebene verortet werden müssten.

Dem Forschungsprofil von GendA entsprechend präsentierte die Konferenz zudem dezidiert praxisorientierte Beiträge. So stellten *Julia Lepperhoff* und *Alexandra Scheele* (beide GendA) den Ansatz der Wissenschaft-Praxis-Kooperation vor, der geschlechtsspezifische Problemlagen und Bedarfe in der Arbeitswelt anhand eines dialogischen Verfahrens untersucht. Hiermit sollen nicht nur die Partizipationsoptionen der Praxis an Forschungsprozessen gesteigert und neue Fragestellungen für Wissenschaft und Forschung entwickelt, sondern auch Reforminitiativen für eine geschlechtergerechtere Arbeitswelt initiiert werden.

Angesichts der anregenden Debatten und des produktiven Verlaufs der Tagung bleibt zu hoffen, dass die Marburger Arbeitsgespräche und die Arbeit von GendA auch in Zukunft eine Fortsetzung finden werden.